

Danziger Zeitung.



Beitung.

Nr. 18859.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Infrastrukturen für die sieben-geplante gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelte Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

Telegraphische Nachrichten der Danz. Ztg.

Gesternmorgen, 19. April. [Familles Wahlrechtsatz.] Bei der am 15. d. Mts. stattgehabten Reichstags-Wahl im 19. Wahlkreis der Provinz Hannover wurden im ganzen 17 510 Stimmen abgegeben. (Zahl der Wahlberechtigten 31 052.) Von den Stimmen waren 85 ungültig, es erhielt Fürst v. Bismarck 7365, Schmalzfeld 3810, Adloff 2576 und v. Platz 3308 Stimmen; 6 Stimmen versplitten sich. Es hat somit eine Stichwahl zwischen dem Fürsten Bismarck und Schmalzfeld stattgefunden. Der Termin für die Stichwahl ist auf den 30. April festgesetzt.

Köln, 19. April. Wie die „Köln. Volkszeit.“ meldet, hat eine gestern stattgehabte Versammlung der Vertreter der Siegerländer Hochbeamten, zum Zwecke ihrer Vereinigung und gemeinschaftlichen Einkaufsvereinigung gesetzt. Es wurde eine Commission für die Feststellung der betreffenden Statuten eingesetzt.

Wien, 18. April. Wie aus Parlamentskreisen verlautet, dürfte die Vereinigte deutsche Linke einen selbständigen Absturzprojekt vorlegen. Der Abgeordnete Plener werde in der nächsten Sitzung des Abgeordnetenhauses einen Antrag auf die Einführung direkter Wahlen in den Landgemeinden und über Arbeiterkammern einbringen.

Berlin, 18. April. Das Organisationscomité der Arbeiter beabsichtigt am 1. Mai ein Arbeiterfest zu veranstalten und eine allgemeine Arbeiterversammlung abzuhalten. Das Comité erklärt, die Verantwortlichkeit für die Aufrechterhaltung der Ordnung selbst übernehmen zu wollen. In mehreren Provinzialstädten werden gleichfalls Vorbereitungen für die Feier des 1. Mai getroffen.

Paris, 10. April. Die portugiesische Tabaksgesellschaft beabsichtigt, bei dem hiesigen Zuchtpolizeigericht die Verfolgung der Drucker und Verbreiter von Plakaten und Circularen, welche Beleidigungen gegen die portugiesische Tabaksgesellschaft enthalten, zu beantragen.

Marseille, 18. April. Die zur Vornahme einer Enquete in der Arbeitsfrage nach der Provinz entsendete parlamentarische Subcommission vernahm hier mehrere Arbeiterabordnungen, letztere haben sich im allgemeinen für die Feststellung des Achtstundentages ausgedehnt. Zahlreiche Hasenarbeiter sind jedoch Anhänger eines vollständig freien Löhneinkommens.

Angers, 18. April. Die Direction der Schieferbrücke von Trelaizé, wo ein Theil der Arbeiter einen Streik begonnen hatte, beschloß die Schließung sämtlicher Arbeitsstätten. Die Zahl der in Folge dessen arbeitslos werdenden Arbeiter wird auf 2000 geschätzt.

Ajaccio, 18. April. Der Großfürst Georg, der hier selbst zu einem Aufenthalt von drei bis vier Tagen eingetroffen war, beabsichtigt dem Vernehmen nach seinen Aufenthalt zu verlängern, um Jagdausflüge in die Berge zu unternehmen.

London, 19. April. Reuters Bureau meldet aus Capetown von heute, nach einer Privatdepeche des Journals „Cape Times“ von der Delagoa-Bai hätten die Portugiesen auf den Dampfer „Agnes“, welcher Goldgräber für die Willoughby-Expedition nach dem Mashonaland an Bord hatte, geschossen, und die der Expedition gehörigen Kanonen und Ladung weggenommen.

Bradford, 19. April. Dem Bürgermeister ist ein Brief zugegangen, welcher ihn und den Polizeipräsidenten mit dem Tode bedroht, weil sie eine öffentliche Versammlung der Streikenden verboten hätten. Für heute ist von den leichten eine große Kundgebung geplant. Das Rathaus ist durch Infanterie besetzt, eine Abteilung Cavallerie wird aus Leeds erwartet.

Belgrad, 19. April. Bei der heute Morgen erfolgten Abreise des Königs Milan begleiteten König Alexander, die Regenter und Minister den König zum Bahnhof, wo auch der Staatsrat sowie die Spitzen der Civil- und Militärbehörden anwesend waren.

Sofia, 19. April. Fürst Ferdinand und Prinzessin Clementine sind aus Philippopolis hierher zurückgekehrt. Finanzminister Ratschowitsch ist hier eingetroffen und hat die Geschäfte des Finanzministeriums übernommen.

Petersburg, 19. April. Der deutsche Botschafter General v. Werder reiste, nachdem er sich Vortags von dem Kaiser und der Kaiserin verabschiedet hatte, heute Abend 6 Uhr nach Berlin ab.

New York, 19. April. Laut weiterer telegraphischer Meldung aus dem Auslandsbezirk Scottsdale in Pennsylvania sind daselbst Bomben auf den Straßen geplatzt und haben beträchtlichen Schaden angerichtet. Weitere Unruhen werden befürchtet.

Laut telegraphischer Meldung aus Scottsdale (Pennsylvania) herrscht in der dortigen Akzegegend von neuem grohe Erregung. Etwa hundert Streikende griffen am Freitag Abend einen Theil der Fabrik der Gesellschaft Frick an, es kam zum Kampf und es wurden zwischen den Wächtern und den andringenden Roten Schüsse gewechselt; schließlich zogen sich die Angreifer zurück. Sonnabend früh sollen die Streikenden vermittelst Dynamit der Frick-Gesellschaft gehörige Vorwerksgebäude zerstört haben; niemand wäre verwundet.

New York, 18. April. In der vergangenen Woche belief sich die Sterblichkeit hier selbst auf 1847 Personen gegen 781 in der entsprechenden Woche des vorigen Jahres. Vom letzten Tage wurden 20 Todesfälle an Influenza gemeldet; die Gesamtzahl der der Epidemie in dieser Saison zum Opfer Gefallenen beträgt 356. Die Seuche griffst besonders stark unter den

Indianern in der Umgegend von North Yatoima (Washington).

Politische Uebersicht.

Danzig, 20. April.
Das Compromiss über die Landgemeindeordnung.

So kann denn nun auch die Landgemeindeordnung als geboren angesehen werden. Die Compromissverhandlungen, über deren Einleitung wir schon berichtet, haben zum Ziele geführt. Es ist über die §§ 14 und 48 ein Compromiss zwischen den beiden conservativen Parteien und den Nationalliberalen geschlossen worden, von welchem, wie uns geschrieben wird, gestern (Sonntag) in einer von Vertretern aller Parteien gehaltenen freien Conferenz Mittheilung gemacht wurde. Der § 14 lautet wie folgt:

Bis zum Inkrafttreten eines Communalsteuergesetzes können die bisher für Vertheilung der Gemeindeabgaben statutarisch oder obsoletenmäig bestehenden Maßslüsse mit Genehmigung des Kreisausschusses durch Beschluss der Gemeinde aufrechterhalten werden.

Nach dem geschlossenen Compromiss wird diese Besteuerung beibehalten, aber nicht bis zum Inkrafttreten eines Communalsteuergesetzes überhaupt, sondern nur für die Zeit von fünf Jahren. Kommt bis dahin ein Communalsteuergesetz nicht zustande, so treten die Vorschriften der Landgemeindeordnung über die Gemeindebesteuerung gleichwohl in Kraft. Das Amendment Hobrecht hatte bei der zweiten Lesung diesen Zeitraum auf drei Jahre beschränkt wollen. Das war abgelehnt worden, weil die Conservativen sich bezüglich der Communalsteuerreform nicht binden wollten. Jetzt haben sie eine Beschränkung des Provisoriums auf fünf Jahre zugesandt und damit eine Art moralischer Verpflichtung übernommen, bis dahin die Communalsteuerreform zustande zu bringen.

Der zweite Differenzpunkt, bei § 48, betrifft bekanntlich die Vertheilung des Stimmberechts in denjenigen Gemeinden, in denen keine Gemeindevertretung gebildet wird, weil die Zahl der Stimmberechtigten unter 40 bleibt, die communalen Angelegenheiten also in der Versammlung aller Gemeindemitglieder erledigt werden. In der zweiten Lesung war nur der eine Vorschlag der Commission angenommen worden, daß die angelegten Gemeindemitglieder zwei Drittel der Stimmen haben sollen. Über die Vertheilung dieser zwei Drittel war kein Beschluss zustande gekommen. Die Conservativen wollten hier überhaupt keine gesetzliche Vorschrift, sondern den Gemeinden resp. Kreisausschüssen die Bestimmung vorbehalten. Sie haben diese Forderung jetzt fallen gelassen; dafür ist die Vertheilung des Stimmberechts noch etwas günstiger für die gröberen Steuerzahler, als nach dem Commissions-Vorschlage normiert worden. Nach der Vereinbarung verbleibt Grund- und Gebäudesteuer-Zahlung von 20—50 Mk. (nach der Commission: von 30—75 Mk.) zwei Stimmen; 50—100 Mk. (Commission: 75—150 Mk.) drei Stimmen; über 100 Mk. (Commission: über 150 Mark) vier Stimmen. Durch Ortsstatut kann Erhöhung dieser Steuersätze und Ermäßigung derselben erfolgen, letztere höchstens um ein Drittel, sowie Erhöhung der Stimmenzahl auf 3—4.

In Bezug auf die Offenheit der Sitzungen dürfte der Antrag Huene angenommen werden, welcher den Beschluss der zweiten Lesung dahin modifiziert, daß auch zu den Gemeindeverhandlungen die volljährigen Gemeindeangehörigen als Zuhörer zugelassen werden.

Iwar ist trotzdem noch eine Anzahl von Streitpunkten geblieben; aber diese sind weniger wesentlich als die obigen „Griff und Schneide“ des Gesetzes bildenden Punkte und werden einfach durch die Abstimmung erledigt werden. Die Freisinnigen haben noch einige Anträge eingebracht, welche aber gleichfalls meistens eine längere Discussion nicht hervorrufen werden. Im übrigen werden die Freisinnigen, wie bekannt, für das ganze Gesetz stimmen, wenngleich sie der ursprünglichen Regierungsvorlage den Vorzug gegeben haben würden. Wie daher schließlich auch das Centrum, ohne und zum Theil gegen welches das Compromiss abgeschlossen ist, stimmen mag — das Zustandekommen des Gesetzes ist gesichert; wahrscheinlich wird es sogar nahezu einstimmig angenommen werden, und zwar schon in kürzester Frist, da die dritte Berathung nach Lage der Dinge in zwei, höchstens drei Tagen beendet werden wird.

Die Socialdemokraten im Kampfe gegen das Arbeiterschutzgesetz.

Nach dem 10stündigen Normalarbeitstag für erwachsene männliche Arbeiter handelt es sich am Sonnabend um den 10stündigen Normalarbeitstag für alle Arbeiterinnen, wie die Socialdemokraten beantragten oder nur für die verheiratheten Arbeiterinnen, wie der Abg. Payer (Volkspartei) und Schäfer (Centrum) vorschlugen. Die Commission wollte es bei dem 11stündigen Normalarbeitstag für alle erwachsenen weiblichen Arbeiter bewenden lassen und die Annahme dieses Antrages war das Ergebnis der vorgefeierten Reichstagsitzung. Dieser Beschluss, der auch dem Votum der internationalen Arbeiterschutzzkonferenz entspricht, war von vornherein nicht streitig. Die Discussion drehte sich nur um die Frage, ob es wünschenswert oder möglich sei, unter das Maximum von 11 Stunden herunterzugehen. Daß das wünschenswert sei, wurde von den Socialdemokraten, der Volkspartei, dem Centrum und auch von den Freisinnigen zugegeben; aber die Möglichkeit der Ausführung wurde von dem Handelsminister in

der bestimmtesten Weise bestritten unter Berufung auf das Ergebnis der Erhebungen, die bekanntlich während der Verdagung des Reichstages veranlaßt worden sind und die so durchschlagend sind, daß auch Dr. Hirsch und Dr. Gutleib zu der Ansicht gelangten, daß die Annahme des Antrages Schäfer und Payer das Arbeiterschutzgesetz zu Falle bringt.

Um so erregter gebredeten sich die Socialdemokraten, als der Vertreter des Centrums nach der Erklärung des Handelsministers seinen Antrag zurückzog. Die Herren Ulrich, Bebel und endlich auch Singer ergingen sich in bitteren Vorwürfen gegen die Willkürigkeit des Centrums. Ja, Herr Singer, dessen Rede wohl einen Anfang hatte, aber lange Zeit zu einem Schlusse gar nicht zu kommen schien, wiederholte immer wieder, daß das Verhalten des Abg. Schäfer einer so großen und ausschlaggebenden Partei gar nicht würdig sei. Vor allem ertrüstete er sich über den Vorwurf des Abg. Hiltz, die Socialdemokraten jogen die Verhandlungen in die Länge, um die Vorlage zu disreditieren. Wir vertheidigen unsere Anträge, sagte Herr Singer, die der Vorlage erst den Charakter des Arbeiterschutzes geben sollen, während sie jetzt in vielen Punkten nur ein Schuh der Arbeitgeber ist. Und selbstverständlich fügte er hinzu, wenn das Haus die Zustimmung der Socialdemokraten wünsche, so brauche es ja nur die Anträge derselben anzunehmen.

Doch in diesem Falle die Beschlüsse nur ein Schlag ins Wasser sein würden, brauchte Herr Singer gar nicht erst hinzuzufügen. Der Unterschied zwischen den Socialdemokraten und der Mehrheit ist eben darin, daß die letztere den Arbeiterschutz, soweit es zur Zeit möglich, zur Durchführung bringen will, während die Herren Singer u. Gen. sehr zufrieden sein würden, wenn das Gesetz nicht zustande käme und alle die Uebstände, über welche die Arbeiter mit Recht klagen, hübsch conservirt würden.

Singer suchte Herrn Hiltz ad absurdum zu führen, indem er an die Haltung des Centrums zur Zeit des Cultrkampfs erinnerte, wo diese Partei die Maßregeln der Regierung und des Parlaments mit großer Hartnäckigkeit bekämpft habe. Dieser Vergleich trifft aber nicht zu. Das Centrum war im Cultrkampf in einer Defensivstellung gegen Maßregeln, die den Widerstand der katholischen „kämpfenden Kirche“ gegen den Staat brechen sollten. Den selben Defensivkampf haben die Socialdemokraten gegen das Socialistengesetz geführt. Eine gewisse Analogie zwischen Socialdemokratie und Centrum besteht freilich, wenn man sich des Ablaufs der kirchenpolitischen Kampfgesetzgebung von 1880 erinnert. Damals vertheidigte das Centrum seine Position gegen Maßregeln, welche die Wunden, die der Kampf geschlagen hatte, heilen sollten. Heute bekämpfen die Socialdemokraten die Arbeiterschutzgesetzgebung, die ihnen durch Bekämpfung der berichtigten Ansprüche der Arbeiter den Boden unter den Füßen entziehen soll und hoffentlich mehr und mehr entziehen wird.

Die socialdemokratische Bewegung hat, wenn nicht alles trügt, ihren Höhepunkt bereits überschritten; die Flut steht und langsam scheinen sich die Wasser zum Rückflus zu vorzubereiten. Der Ausgang der Wahl in Gießenmünde, wo trotz der ausgehenden und angestrengtesten Agitation die Stimmen des socialdemokratischen Candidaten zurückgegangen sind, spricht dafür. Herr Liebknecht im „Vorwärts“ will das freilich nicht eingestehen. Weil die Agitation der Socialdemokraten die Front gegen Bismarck gehabt habe, meint er, wie schon erwähnt, daß viele Wähler anstatt für den Socialdemokraten, für den Freisinnigen oder Welsen gestimmt hätten. Herr Liebknecht würde besser thun, die Situation ins Auge zu sehen, anstatt den Kopf in den Sand zu stecken und zu behaupten, er sähe nichts. Andere sehen es aber und die Stichwahl wird voraussichtlich die Lage der Dinge noch weiter klar legen.

Kirchliches Denunciantenthum.

Wie straff die Organisation der Orthodixie in Deutschland geworden ist, und wie systematisch dieselbe von dem preußischen Centrum aus die gesamte evangelische Kirche Deutschlands zu umfassen arbeitet, das tritt jetzt in besonders bemerkenswerther Weise auf Hamburger Boden hervor. Kürzlich wurde bereits über den unerträglichen Vorschlag berichtet, daß ein Denunciant gegen Prediger Buß Anklage erhoben hätte wegen vermeintlicher Irrlehre im Punkte des Dogmas von der Erbsünde. In der nächsten Synode, welche vermutlich sehr bald zusammentritt, wird über diese Sache verhandelt werden. Ob diese Angelegenheit zur Entscheidung gekommen ist, hat der betreffende Ankläger bereits einen Nachfolger gefunden. In einem Hamburger Vorort hat die Österpredigt eines liberalen Geistlichen die Handhabe zu einer neuen Denunciation wegen Irrlehre abgegeben müssen. In der Gemeinde ist eine gedruckte Anklageschrift verbreitet. Welches Dogma in diesem Falle der Gegenstand falscher Lehre gewesen ist, wissen wir nicht. Man sieht, es ist Methode in dieser Treiberei gegen die liberale Richtung in der Hamburger Geistlichkeit. Solche Früchte zeitigt die outrakte Gläubigkeit. Wir dachten, gerade in Hamburg hätte man Grund, die Kirche nicht dem Gespött des tertius gaudens, der Socialdemokratie, preiszugeben. Die Züchtung eines kirchlichen Denunciantenthums läuft aber die Lebten viel Jahre allgemein herrschende Verstimmung zu beseitigen. Diesem Zweck soll auch der Besuch des russischen Kaiserpaars in Finnland dienen, welcher nunmehr fest beschlossen ist. Auch die Ernennung des Großfürsten Paul, des jüngsten Bruders des Kaisers, zum General-Gouverneur des Großfürstentums, welche in nächster Zeit erfolgen soll, wird in dem Sinne ausgelegt, daß der Zar dadurch den Finnländern einen eclatanten Beweis eines Wohlwollens bieten will.

Finnische Verstimmungen.

Die vor einiger Zeit erfolgte Zurückziehung der kaiserlichen Sanction für das neue finnische Strafgesetz, welches im Großfürstentum sonachhaltige Verstimmung hervorgerufen, bildete kürzlich im finnischen Landtag den Gegenstand einer sehr entschiedenen Missbilligung. Anlaß zur Verführung dieser Frage bot das von russischer Seite gestellte Verlangen nach Abänderung einiger Paragraphen des neuen Strafgebetbuches. Im „Adelsland“ wurde nun vom Freiherrn v. Born bei einer Erörterung dieser Sache ganz unumwunden ausgesprochen, daß die Zurückziehung der Sanction eine Verletzung der Verfassung Finnlands bedeute. Diese Erklärung wurde auch ins Protocoll aufgenommen. Den Blättern wurde jedoch behördlich unterstellt, diese Aeußerung wiederzugeben. Man ist in wohlinformirten Kreisen der russischen Hauptstadt überzeugt, daß es ein lebhafter Wunsch des Kaisers ist, die in Finnland in Folge der Vorgänge der letzten zwei Jahre allgemein herrschende Verstimmung zu beseitigen. Diesem Zweck soll auch der Besuch des russischen Kaiserpaars in Finnland dienen, welcher nunmehr fest beschlossen ist. Auch die Ernennung des Großfürsten Paul, des jüngsten Bruders des Kaisers, zum General-Gouverneur des Großfürstentums, welche in nächster Zeit erfolgen soll, wird in dem Sinne ausgelegt, daß der Zar dadurch den Finnländern einen eclatanten Beweis eines Wohlwollens bieten will.

Die Glockenangelegenheit von Uesküb.

Die „Politische Correspondenz“ veröffentlicht den Wortlaut der Antwortnote des türkischen Ministers des Außenw., Said Pascha, auf die Noten des österreichisch-ungarischen Botschafters in Konstantinopel, Baron von Calice, betreffend die Glockenangelegenheit von Uesküb. Baron v. Calice verlangte danach die Suspendierung des Balis von Kossowo, die Ertheilung einer klaren und formellen Instruction über die gesetzliche Stellung der katholischen Kirche im Vilajet, sowie hinsichtlich des Protektorats des Kaisers von Oesterreich über die katholische Kirche in jenen Landes-

heilen, schließlich vollen Schadensatz für die katholische Kirche in Ustib. Die Antwortnote Said Paschas enthielt die Zustimmung der türkischen Regierung zu diesen Forderungen sowie die Anzeige, daß der Vati von Rossow seines Postens enthoben worden sei.

Die Erweiterung und Verstärkung der New Yorker Hafens

wird vom Washingtoner Kriegsamt, und zwar schon binnen kurzer Zeit geplant. Zunächst ist der weitere Ausbau der Forts Hamilton und Wadsworths, sowie die Einbeziehung der Insel Plum Island in die maritime Befestigungshäre ins Auge gesetzt. Die dazu benötigten Terrainschäfe sollen ohne Zeitverlust hergestellt, eventuell zum Errichtungsversahren geschritten werden. Der vorläufige Kostenpunkt wird mit 750 000 Dollars berechnet.

Deutschland.

Berlin, 19. April. Finanzminister Dr. Miguel leidet seit gestern an einem leichten Rückfall von Influenza, welche ihm die Teilnahme an der Grundsteinlegung zur Lutherkirche unmöglich macht. Die Erkrankung ist übrigens durchaus unbedenklich; nur läßt sie es geraten erscheinen, Temperaturwechsel zu meiden. Der Minister hält daher für einige Tage das Zimmer, ohne jedoch am Arbeiten behindert zu sein.

* Kaiser Wilhelm wird bei seiner Anwesenheit in der Rheinprovinz von einem besonderen Abgeordneten des Königs der Belgier begrüßt werden.

* Berlin, 19. April. Die Räume für die Internationale Kunstaustellung am Lehrter Bahnhof in Berlin stehen nun in reicher, harmonischer Ausstattung vollendet da. In überragender Perspektive, von dem von Professor Woldebrandt neu gemalten Appelraum, an den sich links und rechts die weiten, langgestreckten Säle für die Plastik reich ornamentierte anschließen, bis zu der großen allegorischen Gruppe „Die Kunst im Schutze des Friedens“, welche Nicolaus Geiger soeben am Ende des Ausstellungsräumes aufstellt, reicht sich Gaal an Gaal. Die frühere nachte Eisenconstruction ist hinter ein abgetoneten Wänden verschwunden, wohltuend abgedämpftes Licht verbreitet sich überall, kaum hörbar wandelt der Schritt über den Linoleumteppich, hier und da sind bereits Pflanzengruppen versteckt, unter denen bequeme Sitze zur Ruhe laden. Alles atmet Dornenehrt und Behaglichkeit. Fast überreich ist die Ausstellung von allen Staaten und Ländern bedacht worden, die Delegirten und die Hänge-Commission haben schweren Stand, all die eingegangenen Schätze entsprechend zu verteilen. Aber ihre Arbeit ist eine lohnende, denn selten wohl ist eine solche Fülle wirklich bedeutender Kunstwerke zusammengehkommen. Ein näheres Eingehen auf diese verbietet sich noch, allein man darf sagen, daß kaum ein Name von Ruf der Künstler unserer Zeit darunter vermist werden wird. Am 1. Mai wird die Ausstellung durch deren hohe Protectorin, die Kaiserin Friedrich, im Beisein Kaiser Wilhelms in feierlicher Weise eröffnet.

Das von früheren Ausstellungen als Maschinenhalle bekannte Gebäude auf der anderen Seite der Stadtbahn wird durch einen Gang mit dem Hauptgebäude verbunden; es werden Bilder und plastische Werke sämmlischer ausstellenden Nationen dort untergebracht werden, durch aufgestellte Scheerwände ist ein großer Raum geschaffen, der vielen Werken Aufnahme gewähren kann. Augenblicklich steht es allerdings noch recht bunt dort aus; Räumen, ausgedachte Bilder, Plastiken stehen durcheinander, und haben die Angestellten alle Mühe, der Turn, welche ihre mühevole Arbeit begonnen hat, die Bilder vorzuführen. Ungefähr ein Drittel der Maschinenhalle wird von der Architektur eingenommen. Diese Abtheilung wird dem Besucher nicht in übergroßer Anzahl Grundrisse, die eigentlich nur für den Fachmann Interesse haben, vorführen, sondern es wurde Gewicht darauf gelegt, die Aussteller zu veranlassen, Perspektiven und Entwürfe zu Innen-Decorations-Skizzen zu Zeigen ic. einzuliefern, und ist diesem Wunsche auch entsprochen worden, so daß auch hier das Interesse des größeren Publikums erregt werden dürfte. Von dem leider zu früh verstorbenen Altmeister der Architektur Friedrich v. Schmidt in Wien wird eine reiche Sammlung seiner Arbeiten, in ganzen ca. 16 Nummern, separat ausgestellt werden. Sein Entwurf zur Herz-Jesu-Kirche in Tön a. Rh., welcher augenblicklich noch beim Cultus-Ministerium hier sich befindet und von diesem erarbeitet wurde, wird diese interessanten Werke vervollständigen. Die Abtheilung für Prachtwerke des Buchhandels verspricht sehr reichhaltig zu werden, ebenso die für Diplome und Fächer. Russland und Österreich werden leider nicht an der Eröffnung teilnehmen, da sie durch ihre eigenen Landes-Ausstellungen festgehalten sind, und können daher erst am 1. Juni dem Publikum vorgeführt werden. Mit besonderer Freude ist es zu begrüßen, daß die in Paris lebenden Amerikaner sich mit einer ganz ausgezeichneten Collection beteiligen, nur ist es zu bedauern, daß der Raum so sehr beschränkt und den Herren nicht noch mehr Platz hat gegeben werden können. Von New York schickt der berühmte Maler Bierstadt einige große Sachen, u. a. sein vorzügliches Gemälde „The last of the buffalo“.

Delegierte von Belgien, aus Karlsruhe, Weimar sind bereits beschäftigt, sich in ihren Abteilungen einzurichten. In den nächsten Tagen werden Herren aus München, Düsseldorf, ferner Delegirte der amerikanischen Künstler aus Paris, sowie aus Ungarn und Dänemark erwarten. Bis spät in die Nacht regen sich fleißige Hände, um den Herren Delegirten das Material zugänglich zu machen, damit alles am 1. Mai fix und fertig ist.

* [v. Elpons.] Für die Leitung des deutschen Kriegerbundes ist dem Obersten v. Elpons der rote Adlerorden zweiter Klasse mit Schwanenkopf und Schwert am Ringe verliehen worden.

* [Lieutenant v. Blume] vom Infanterie-Regiment 36, welcher kürzlich in Naumburg das bekannte Kontre mit Civilpersonen hatte, ist in das Infanterie-Regiment 135 nach Diedenhofen versetzt worden.

* [Der Jesuitenantrag.] Eine Verhandlung des Jesuitenantrags in der gegenwärtigen Reichstagsession dürfte nicht mehr ins Auge gesetzt sein. Verschiedene andere Anträge haben noch vor diesem die Priorität, und es verlautet nichts davon, daß das Centrum sich bemühe, seinem Antrag den Vorzug zu verschaffen. Die Partei hat offenbar wenig Neigung, in ihrem gegenwärtigen fühlerlosen Zustand sich in eine große

hochpolitische Action einzulassen, deren Verlauf und Ausgang für die ganze Stellung der Partei von weittragenden Folgen werden könnte. Auch wäre das Zustandekommen eines Votums des Reichstags zu Gunsten der Aushebung des Jesuitengesetzes äußerst zweifelhaft. So werden denn die vielen Tausende von Petitionen, die den Reichstag in dieser Angelegenheit für und wider überschwemmt haben, einen praktischen Erfolg nicht haben.

L. [Die Commission für das Telegraphengesetz] hat § 3 Nr. 1 mit dem Zusatz (Graf Pückler) angenommen, daß ohne Genehmigung des Reichs errichtet und betrieben werden können Telegraphen-(Telephon)-Anlagen, welche ausschließlich dem inneren Dienste von Landes- und Kommunalbehörden und von Reichsorganisationen gewidmet sind. § 3 Nr. 2 bezeichnet als solche Telegraphenanlagen, welche von Transportanstalten auf ihren Linien ausschließlich zu Zwecken ihres Betriebes benutzt werden. Auf Antrag der Grafen, Graf Arnim, Dr. Hammacher wird diese Bestimmung ausgedehnt auf Telegraphenanlagen von Transportanstalten für den allgemeinen Vermittlungsverkehr innerhalb der bisherigen Grenzen. Von § 3 Nr. 3 wurde nur die Bestimmung erledigt, daß Telegraphenanlagen innerhalb der Grenzen eines Grundstückes von der Genehmigung des Reichs unabdinglich sind. Darauf wurde die Sitzung vertagt.

* [In der königlichen Gewehrfabrik in Spandau] steht angeblich eine Lohnherabsetzung bevor. Es hat sich gezeigt, daß die gleichen Fabriken in Erfurt und Danzig billigere Gewehre liefern als die Spandauer; aus diesem Grunde sollen in der schwierigen die Stücklöhne ermäßigt werden.

* Aus Schlesien, 16. April, wird der „Doss. Jg.“ geschrieben: Die Kriegervereine zu Hannau und Probstdorf, welche beide zum Kreis-Ariegerverband Goldberg-Hannau“ gehören, beschlossen die Anschaffung von Vereinsfahnen und richteten deshalb ein Gefuch an das zuständige Landratsamt um Befürwortung ihres Wunsches bei dem Minister. Auf dieses Gefuch traf zu nicht geringem Erstaunen der Vereine eine ablehnende Antwort von Seiten des Landratsamtes ein. Da in derselben kein Wort über den Grund der Ablehnung enthalten war, so begab sich der Vorsitzende des Kreis-Ariegerverbandes, ein früherer Offizier, zu dem Landrat, um von diesem privatum den Grund des ablehnenden Bescheides zu erfahren. Die Antwort lautete: „Die beiden Vereine bekommen keine neuen Fahnen, weil sie zu freisinnig sind.“ Dieser Grund wurde den Vereinen in öffentlicher Versammlung von der leitenden Stelle mitgeteilt. Der Vorstand des schlesischen Provinzial-Arieger-Verbandes, welchem die Angelegenheit unterbreitet worden ist, hat den Vereinen empfohlen, im Beschwerdevege ihr Recht zu suchen, weil es nicht statthaft sei, die Militär-Vereine mit politischen Vereinen zu vergleichen.

Hannover, 17. April. Graf Wilhelm Bismarck veröffentlicht im „Hannov. Kur.“ folgende Erklärung: „Derchiedene Blätter bringen die aus einer socialdemokratischen Zeitung übernommene Angabe, daß mir Remunerationen aus dem Welfenfond zu Theil geworden wären. Diese Behauptung ist eine dreiste Erfindung. Graf Bismarck, Regierungspräsident.“ (Merkwürdig, daß diese „Erfindung“ so allgemeinen Glauben gefunden hat!)

Karlsruhe, 18. April. Laut Nachrichten aus Airo gedenken der Kronprinz und die Kronprinzessin von Schweden nächsten Montag dort abzureisen und sich am Dienstag von Alexandria nach Brindisi einzuschiffen.

Eben a. d. Uhr, 18. April. Die Meldung über ein angebliches Complott gegen das Leben des Grubenverwalters von Zeche „Langenbräun“ bei Werden a. d. Ruhr ist der „Rhein.-Westl. Jg.“ zufolge unbegründet. Wahr ist nur, daß in der letzten, am Sonntag stattgehabten Versammlung der Belegschaft der Zeche beantragt worden war, bei dem Grubenverstand ein Gefuch um Absehung des Grubenverwalters einzureichen. Der Antrag wurde jedoch von der Versammlung abgelehnt. Die Grubenverwaltung hat darauf 10 Bergleute, welche die Haupturheber des Antrages waren, am 15. April gekündigt.

Auf Zeche „Eintracht Tiefbau“ bei Steele dauert der Streik fort. Auf Zeche Gellerbach sind heute Morgen 63 Mann unter Tage angefahren.

Göttingen, 16. April. Ein hervorragender Anhänger der welfischen Partei, der Geh. Finanzrat v. Klenz ist, wie die „Wgde. Jg.“ berichtet, nach längerem Gleichkampf heute Morgen an einem Herzleiden verschieden. v. Klenz gehörte zu den treuesten Anhängern der hannoverschen Königsfamilie, der er im Jahre 1866 einen großen Dienst dadurch leistete, daß er den Staatskasten im Betrage von 11 Millionen von Hannover über Stade nach England schaffte. Bis zu seinem Tode hat er in engster Verbindung mit der welfischen Königsfamilie gestanden, beim König Georg, sowie beim Herzog von Cumberland war er ein einflußreicher Vertrauensmann.

Stralsburg, 18. April. Die „Grafsb. Post“ erklärt die Zeitungsmeldung, daß der Rücktritt des Staatssekretärs v. Puttkamer demnächst bevorstehe, für vollständig unbegründet. Es liege nichts vor, was zu einer solchen Meldung hätte Veranlassung geben können.

Frankreich.

Paris, 19. April. Bei den heute in den Départements Hérault, Dordogne und Maine-et-Loire stattgehabten Wahlen dreier Senatoren wurden Herren aus München, Düsseldorf, ferner Delegirte der amerikanischen Künstler aus Paris, sowie aus Ungarn und Dänemark erwartet. Bis spät in die Nacht regen sich fleißige Hände, um den Herren Delegirten das Material zugänglich zu machen, damit alles am 1. Mai fix und fertig ist.

* [v. Elpons.] Für die Leitung des deutschen Kriegerbundes ist dem Obersten v. Elpons der rote Adlerorden zweiter Klasse mit Schwanenkopf und Schwert am Ringe verliehen worden.

* [Lieutenant v. Blume] vom Infanterie-Regiment 36, welcher kürzlich in Naumburg das bekannte Kontre mit Civilpersonen hatte, ist in das Infanterie-Regiment 135 nach Diedenhofen versetzt worden.

* [Der Jesuitenantrag.] Eine Verhandlung des Jesuitenantrags in der gegenwärtigen Reichstagsession dürfte nicht mehr ins Auge gesetzt sein. Verschiedene andere Anträge haben noch vor diesem die Priorität, und es verlautet nichts davon, daß das Centrum sich bemühe, seinem Antrag den Vorzug zu verschaffen. Die Partei hat offenbar wenig Neigung, in ihrem gegenwärtigen fühlerlosen Zustand sich in eine große

hochpolitische Action einzulassen, deren Verlauf und Ausgang für die ganze Stellung der Partei von weittragenden Folgen werden könnte. Auch wäre das Zustandekommen eines Votums des Reichstags zu Gunsten der Aushebung des Jesuitengesetzes äußerst zweifelhaft. So werden denn die vielen Tausende von Petitionen, die den Reichstag in dieser Angelegenheit für und wider überschwemmt haben, einen praktischen Erfolg nicht haben.

Nußland.

Petersburg, 18. April. Der Kaiser hat gestern einen an den Finanzminister gerichteten Ukas unterzeichnet, welcher die Ausgabe einer mit 4 Prozent verzinnten inneren Staatsanleihe im Betrage von 190 Millionen Papierrubel zum Zwecke der Einlösung der 5 prozentigen Obligationen der ersten Orientanleihe im Betrage von 180 401 550 Papierrubel ambeobachtet.

Von der Marine.

Aus Aiel wird der „Frank. Jg.“ geschrieben: Wenn die großen Panzerneubauwerke unserer Marine fertig geworden sind, beispielweise der auf der Kieler Germaniarwerft auf Stapel liegende Panzer, dann wird sich die Thatsache herausstellen, daß die Trockendocks der Kieler Kaiserlichen Werft für diese großen Panzer nicht passen. Man hat bei der hiesigen Werftverwaltung daher längst das dringende Bedürfnis empfunden, neue Trockendocks bauen zu lassen und es liegt thätsächlich ein Project vor, das den Ankauf dreier Gewehre bei Weichselmündungen abgehalten werden. Die ausführenden Arbeiten für den Durchstich sind nach den früher in dieser Zeitung schon veröffentlichten Submissionen bedingt: 1) 451 240 Kubikmeter Sandboden des herzustellenden Leitgrabens in den Dünen bis zur Tiefe des mittleren Ostsee-Wasserpiegels hinab; 2) 552 160 Kubikmeter sandigen Boden des Durchstichs zwischen der Stuthöfer Chaussee und der Düne; 3) 185 860 Kubikmeter Niederungsboden von lehmiger oder thoniger Beschaffenheit, südlich der Stuthöfer Chaussee; 4) 8 054 750 Kubikmeter Boden des Durchstichsprofils des 15 Meter breiten, mit der Sohle um 3 Meter tiefer liegenden Grabens für die linkss seitige Uferdeckung, und 5) 490 800 Du.-Meter stromseitige Böschungsfächer der neuen Stromdeiche, sowie des Vorlandes profilmäßig auszuheben, zu bewegen und einzuebnen. Der ausgehobene Boden soll zur Schüttung der Deiche, Ausfüllung der Bruchholze und zu Kampfpanzerlagern benutzt werden. Diese großartigen Erdarbeiten, deren Inangriffnahme erst erfolgen kann, wenn die ministerielle Genehmigung der Detailpläne hier eingetroffen ist, sollen, wie aus unseren früheren ausführlichen Mitteilungen über das Durchstichsprojekt erinnerlich sein wird, bis gegen Ende des Jahres 1894 vollendet sein, da bei Einführung des Frühjahrshochwassers von 1895 der lehre die neue Mündung von der Ostsee trennende Wall durchstoßen und damit der Durchstich dem Strom preisgegeben werden soll.

* [Auswärtskriege-Kriegsschiffe.] Wie wir schon früher mitgeteilt haben, sind die Erd- und Uferbefestigungs-Arbeiten für den Durchstich der Nehrung bei Giedlersfähr zur Submission ausgeschrieben worden. Der bezügliche Termin wird morgen hier von Seiten der königl. Ausführungs-Commission für die Regulirung der Weichselmündungen abgehalten werden. Die ausführenden Arbeiten für den Durchstich sind nach den früher in dieser Zeitung schon veröffentlichten Submissionen bedingt: 1) 451 240 Kubikmeter Sandboden des herzustellenden Leitgrabens in den Dünen bis zur Tiefe des mittleren Ostsee-Wasserpiegels hinab; 2) 552 160 Kubikmeter sandigen Boden des Durchstichs zwischen der Stuthöfer Chaussee und der Düne, 3) 185 860 Kubikmeter Niederungsboden von lehmiger oder thoniger Beschaffenheit, südlich der Stuthöfer Chaussee, 4) 8 054 750 Kubikmeter Boden des Durchstichsprofils des 15 Meter breiten, mit der Sohle um 3 Meter tiefer liegenden Grabens für die linkss seitige Uferdeckung, und 5) 490 800 Du.-Meter stromseitige Böschungsfächer der neuen Stromdeiche, sowie des Vorlandes profilmäßig auszuheben, zu bewegen und einzuebnen. Der ausgehobene Boden soll zur Schüttung der Deiche, Ausfüllung der Bruchholze und zu Kampfpanzerlagern benutzt werden. Diese großartigen Erdarbeiten, deren Inangriffnahme erst erfolgen kann, wenn die ministerielle Genehmigung der Detailpläne hier eingetroffen ist, sollen, wie aus unseren früheren ausführlichen Mitteilungen über das Durchstichsprojekt erinnerlich sein wird, bis gegen Ende des Jahres 1894 vollendet sein, da bei Einführung des Frühjahrshochwassers von 1895 der lehre die neue Mündung von der Ostsee trennende Wall durchstoßen und damit der Durchstich dem Strom preisgegeben werden soll.

* [Auswärtskriege-Kriegsschiffe.] Der Kaiser hat durch Cabinets-Orde vom 14. April bestimmt, daß die Kreuzerkorvetten „Victoria“ und „Ariadne“ aus der Liste der Kriegsschiffe gestrichen werden. Die „Ariadne“ ist in den 1860er Jahren auf der kais. Werft in Danzig erbaut, die „Victoria“ im Auslande angekauft. Beide Schiffe sind Holzcorvetten mit Glattdeck und zuletzt nur als Nebenschiffzeuge in Verwendung gewesen.

* [Enteignungsrecht.] Durch königl. Verordnung ist der evangelischen Kirchengemeinde Swarochin (Kreis Dirschau) das Recht verliehen worden, bevor Erbauung von Kirche und Pfarrhaus daförst eine Landfläche von zwei Hectaren fünfzig Acre Inhalt von dem freiherrlich v. Paleske'schen Fideicommissum Swarochin im Wege der Enteignung zu erwerben.

* [Stadttheater.] Die nun zu Ende gehende Saison, welche sich u. a. vornehmlich durch die Vorführung zahlreicher Novitäten und eine Reihe hervorragender Saisone gezeichnet hat, wird in nächster Woche mit einem der letzteren abschließen. Dem heutigen Saisonspiel-Ende des gegenwärtig bedeutendsten Darstellers Fritz Reuter'schen Typen gesellt sich demnächst ein solcher der königl. bairischen Hofschauspielerin Anna Riedel hinzu, welcher am Freitag dieser Woche seinen Anfang nimmt und sich auf 3 bis 4 Vorstellungen erstreckt wird. Das Saisonspiel dieser Dame dürfte bei uns in Danzig auf ein ganz besonders lebhafte Interesse zu rechnen haben, da hier so zu sagen die Wiege ihrer Künstlerhaft stand. Fräulein Anna Riedel war gegen das Ende der 1870er Jahre Mitglied des Danziger Schauspielpersonals und hat dann an verschiedenen größeren Bühnen gewirkt, bis sie vor 4 Jahren zunächst probeweise an das königl. Hoftheater in München berufen wurde. Schon nach einem Jahre erhielt sie, was in München sehr selten der Fall sein soll, das Patent als „Königliche Hofschauspielerin“ und gleichzeitig die bauerne Mitgliedschaft in der dortigen Hofgesellschaft. Von dort aus wie durch Saisonspiele in Berlin erlangte ihr Künstlerscruß, der sie nun als Gast wieder zu uns führt, allgemeine Verbreitung. Ihre hiesigen Saisonspiele werden, wie wir hören, u. a. „Eva“, „Francesca“, „Dorf und Stadt“ und verschiedene Einakter mit interessanten weiblichen Charaktergestaltungen bringen.

* [Niedrigstellungs-] Vor dem Redakteur des „Westpreuß. Volksblatts“, hrn. C. Schlesinger, werden wir um die Bemerkung ersucht, daß die Angabe (in dem Bericht über die sozialdemokratische Versammlung in Schüblitz), er habe in einem Schreiben an hrn. Otto Jochem angegeben, die Mitteilungen über die gegenwärtigen Anklagen der sozialdemokratischen Führer von Hr. Kiesop und Genossen erhalten, haben, nicht richtig sei. Hr. Schlesinger sagt: In meinem Schreiben hieß es nur, daß nicht das „Westpr. Volksblatt“, sondern die Herren Kiesop und Genossen die betreffenden Anklagen gegen Hr. Jochem erhoben (nicht „mit mittelheitlich“ hätten).

* [Sängerbund.] In dem festlich decorirten Saale des Gesellschaftshauses fand am Sonnabend die Saisonsfeier des hiesigen Gesangvereins „Sängerbund“ statt. Nachdem der Vorsitzende, Herr Dannenbauer, die Gäste bewillkommen hatte, erklang der Festgruß: „Gott, Vaterland, Liebe“. Fest und rein wurde der melodische Chor unter Leitung des Herrn Dirigenten Radau durchgeführt. Lebhafte Beifall erntete auch Hr. Nebele für den Vortrag zweier Klavierstücke: einer Etude und der 2. ungarischen Rhapsodie. Dem ernsten Theile der Feier folgte das Saisonspiel, an welches sich der helleste Feiertag mit zahlreichen humoristischen Gesangsgaben anknüpfte.

* [Verwaltungsgericht.] Wie unvorstüdig manche Leute beim Kauf eines Grundstückes vorgehen, zeigten zwei Verhandlungen des Bezirks-Ausschusses am letzten Sonnabend. Frau C. kaufte am 1. Oktober v. J. das Haus St. Katharinen-Arkenssteig Nr. 11, insbesondere in Rücksicht auf das dort bestehende Schanklokal. In ihrer Hoffnung, die Erlaubnis zum Braumein-Ausstank, ebenso wie ihre Vorgängerin, zu erhalten, sah sie sich bald sehr geläufig. Gleichwohl der Magistrat als die königl. Polizei-Direction verneinte das Bedürfnis zum Fortbestehen dieses Schanklokals. Allerdings erkannte der Stadt-Ausschiff zu Gunsten der Altegerin, Frau C., indem er auf das langjährige Bestehen des Lokals und auf die starke Bevölkerung jener Stadtgegend Rücksicht nahm. Die Polizeibehörde legte jedoch Berufung ein, indem sie geltend machte, daß innerhalb 200 Schritten von dem fraglichen Lokale 13 Schankstätten, und darunter 11 ganz gleicher Art, einige nur in einer Entfernung von etwa nur 40 bis 50 Schritt, bereits

